



Öffentliche Anhörung zur Wehrhaftigkeit der demokratischen Verfasstheit der EU und Integrität von Willensbildungsprozessen

Fragenkatalog

1. In welcher Weise und durch welche Akteure wird die Integrität demokratischer Willensbildungsprozesse auf der europäischen Ebene sowie in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bedroht? Wie äußert sich die illegitime und manipulative Beeinflussung demokratischer Willensbildungsprozesse in klassischen Medien, im Internet, in den sozialen Medien und bei der gezielten Unterstützung bestimmter politischer Kampagnen oder Kandidaten?
2. Unter anderem bei der US-amerikanischen Präsidentenwahl sowie bei dem Brexit-Referendum soll es digitale Wahlbeeinflussung und damit Meinungsbeeinflussung gegeben haben. Welche konkreten und belastbaren Kenntnisse gibt es über geglückte oder misslungene Versuche, Kommunikationsinfrastrukturen zu kompromittieren, Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen oder Wahlen und Abstimmungen in Deutschland oder in Europa zu manipulieren?
3. Gibt es Möglichkeiten, diese Kampagnen zu analysieren und gegen sie vorzugehen? Wie bewerten Sie diese? Wo liegen eventuelle Problematiken (z. B. Datenzugang für die Analyse, etc.)?
4. Welche Kenntnisse gibt es über staatliche und nichtstaatliche Akteure, die versuchen, Meinungs- und Willensbildung oder Wahlen und Abstimmungen zu beeinflussen oder zu manipulieren?
5. Welche Rolle spielen Fake-Accounts und Bots bei diesen Manipulationsversuchen? Wie ist die bisherige Forschung zu Social Bots zu bewerten? Welche Rolle spielen Social Bots – sind sie eine echte Gefahr oder herrscht eine eher übertriebene Furcht? Wie lassen sich Social Bots entdecken?
6. In welcher Weise können der Gesetzgeber auf europäischer und nationaler Ebene oder die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Maßnahmen zum Schutz demokratischer Willensbildungsprozesse, etwa gegen manipulative Meinungsmache auf digitalen Plattformen, ergreifen? Gehen die bisherigen Initiativen der Europäischen Kommission, wie die Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes für Online-Plattformen, die Schaffung eines unabhängigen europäischen Netzes von Faktenprüfern, oder die Einrichtung einer sicheren europäischen Online-Plattform gegen Desinformation in die richtige Richtung?

-
7. Wie kann man wirksam gegen Hass und Hetze im Netz vorgehen, wenn gleichzeitig das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) - welches ja selbst keine strafrechtlichen Vorgaben enthält aber die Rechtsdurchsetzung verbessern soll und dies nachweislich auch tut - aufgehoben werden soll? Welche Überlegungen sollten bei der Weiterentwicklung des NetzDG berücksichtigt werden? Wie sollte der europäische Rechtsrahmen weiterentwickelt werden?
 8. Welche gesetzgeberischen Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene wären denkbar, um die Auslandsfinanzierung politischer Kampagnen und Kandidaten transparent zu regulieren? Wie kann die Durchsetzung entsprechender Regeln europaweit kontrolliert werden? Wenn wir nach dem Beispiel von Frankreich und Deutschland Fristen zur Löschung von falschen Inhalten setzen wie kann ein Vollzug dieser Fristen gewährleistet werden?
 9. Wie bewerten Sie den unterschiedlichen Umgang der großen Plattformen mit politischer Werbung und wie könnte hier ein entsprechender Regulierungsrahmen ausgestaltet werden?
 10. Welche Bedeutung könnte der Stärkung der Schnittstelle von Öffentlichkeitsarbeit und Diplomatie (public diplomacy) beim Schutz der liberalen Demokratie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zukommen? Wie können wir die Medienkompetenz (media literacy) in der gesamten Bevölkerung erhöhen, gerade aber nicht nur in Wahlkampfzeiten?
 11. Welche Maßnahmen sind notwendig, um die Cybersicherheit von Kommunikationsinfrastrukturen sowie die Wahl- und Abstimmungsinfrastrukturen wirksam zu verbessern? Wie kann die IT-Sicherheit bei den Parlamenten verbessert werden?
 12. Wie ist die bisherige Arbeit bestehender Institutionen wie der East StratCom Task Force beim Europäischen Auswärtigen Dienst zu bewerten?
 13. Wie bewerten Sie den kürzlich von Kommissionsvizepräsidentin Jourová vorgestellten European Democracy Action Plan?
 14. Wie sind Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zur Einrichtung einer europäischen Agentur für den Schutz der Demokratie zu bewerten?
 15. Wäre die Erlaubnis des Sendens der fremdsprachigen Medienangebote der Deutschen Welle auf Kanälen im Inland, eine Möglichkeit neu in Deutschland angekommene Ausländer als auch schon hier lebende Ausländer weniger anfällig für bewusste Desinformation ausländischer Medien zu machen? Gibt es in Europa funktionierende Modelle, an denen man sich orientieren könnte? Inwieweit wäre hier eine auch eine europäische Lösung denkbar?